Böckler impuls

14/2009 16. September

Mitarbeiterkapitalbeteiligung: Fondsmodell mit Funktionsmängeln 2
Finanzpolitik: Schuldenbremse knebelt Bundesländer 3
Sozialsystem: Sozialversicherungen – Stabilisatoren in der Krise 4
Corporate Governance: Aktienrückkäufe statt Investitionen 3
Weltwirtschaft: Von Ungleichheit zu Überschuldung 7
TrendTableau 8

www.boecklerimpuls.de

Hans Böckler Stiftung

ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG

Landkarte der Leiharbeit

Eine neue Datenbank zeigt*: Leiharbeit ist sehr unterschiedlich verbreitet. In einigen ländlichen Regionen gibt es sie kaum. Anderswo sind bis zu zwölf Prozent der Beschäftigten davon betroffen.

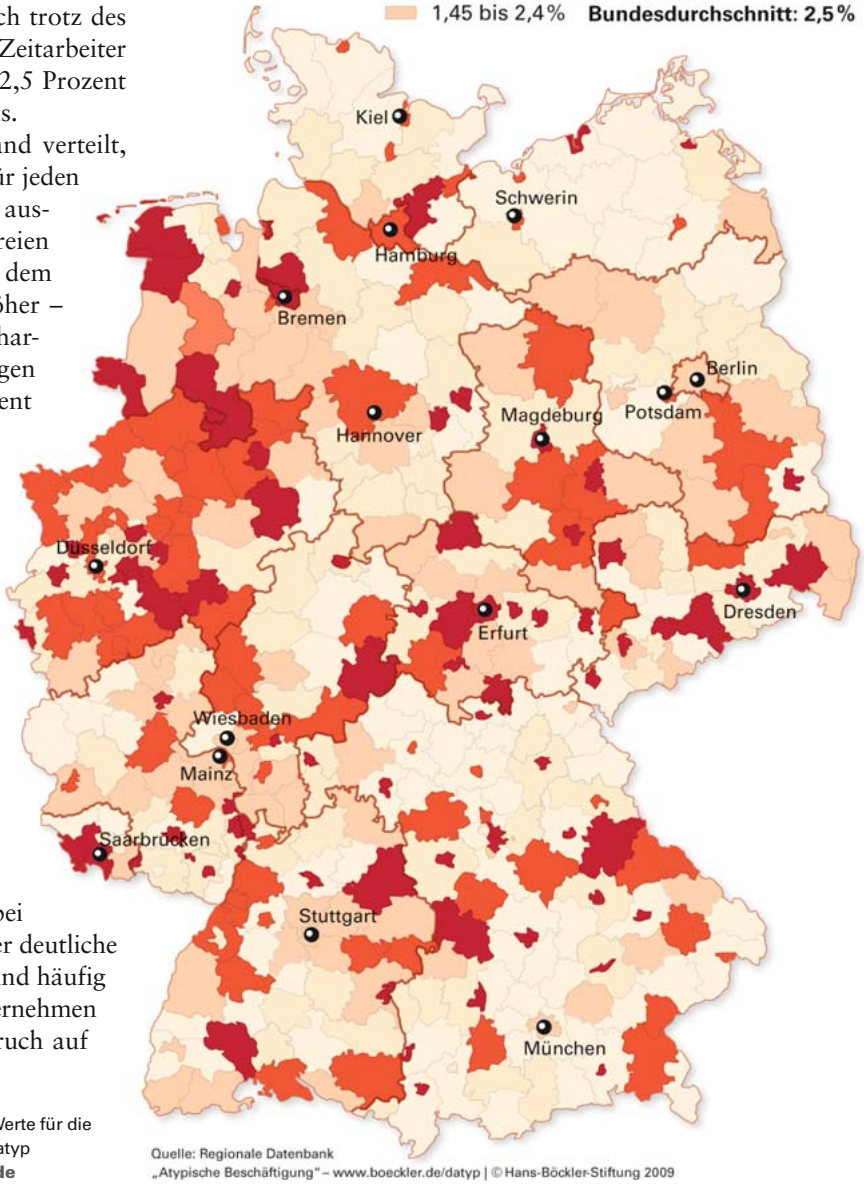
Ende Juni 2008 gab es in Deutschland so viele Leiharbeiter wie nie zuvor: Gut 700.000 Menschen arbeiteten nach der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit bei Zeitarbeitsfirmen – 84 Prozent mehr als 2005. Doch trotz des Booms: Im bundesweiten Durchschnitt machten Zeitarbeiter auch vor Beginn der Wirtschaftskrise lediglich 2,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus.

Wie sich die Leiharbeit tatsächlich übers Land verteilt, zeigt eine neue Datenbank des WSI, die Werte für jeden der 429 Land- und Stadtkreise in Deutschland ausweist: In rund 60 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte lag der Leiharbeiter-Anteil 2008 unter dem Bundes-Mittel, in knapp 40 Prozent war er höher – teilweise deutlich. Kaum eine Rolle spielt die Leiharbeit in knapp 100 Kreisen oder Städten. Dagegen waren in gut 80 Regionen mindestens 3,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Zeitarbeiter. Hohe Quoten weist die Feinanalyse überwiegend für mittelgroße Städte mit 50.000 bis 200.000 Einwohnern aus: In Orten wie Heilbronn, Plauen, Braunschweig, Ulm, Zwickau, Eisenach, Landshut, Wolfsburg oder Ansbach arbeiteten im Juni 2008 sechs bis zwölf Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für eine Verleihfirma. Relativ häufig sind Städte mit Leiharbeits-Intensivnutzung industriell geprägt.

„Unsere Daten deuten darauf hin, dass die Leiharbeit vor Ausbruch der Krise zumindest regional auf dem Weg war, zu einer durchaus bedeutsamen Beschäftigungsform zu werden“, sagt WSI-Forscher Alexander Herzog-Stein. Dabei berge diese Beschäftigungsform für Arbeitnehmer deutliche Risiken: Sie werden oft schlechter bezahlt und sind häufig nur einige Monate in Folge bei einem Verleihunternehmen beschäftigt – oft zu kurz, um etwa einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu erwerben.

Leiharbeit eher in Industrieregionen

Der Anteil der Leiharbeiter an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beträgt
3,5 bis 11,7 %
2,4 bis 3,5 %
1,45 bis 2,4 %
0,8 bis 1,45 %
bis 0,8 %
Bundesdurchschnitt: 2,5 %



Quelle: Regionale Datenbank „Atypische Beschäftigung“ – www.boeckler.de/datyp | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Regionale Datenbank „Atypische Beschäftigung“, Werte für die Kreise können abgerufen werden unter: www.boeckler.de/datyp
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

MITARBEITERKAPITALBETEILIGUNG

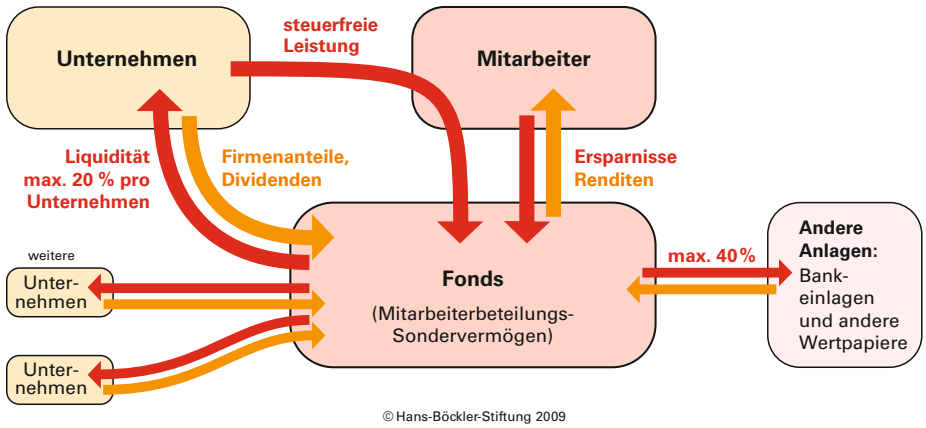
Fondsmodell mit Funktionsmängeln

Seit April 2009 ist ein Gesetz in Kraft, das Kapitalbeteiligungen von Arbeitnehmern an ihrem Unternehmen stärker fördern soll als zuvor. Ob dies die Zahl der Beteiligungen merklich erhöhen wird, ist zweifelhaft.

Die Neuregelung besteht aus zwei Komponenten: höheren Frei- beziehungsweise Förderbeträgen und einem neuen Fondsmodell. Zum einen können Arbeitgeber einem Beschäftigten nun jährlich Firmenanteile im Wert von bis zu 360 Euro übertragen, ohne dass der Mitarbeiter diesen Betrag versteuern oder Sozialversicherungsbeiträge darauf entrichten muss. Hinzu kommt eine leicht erhöhte Arbeitnehmersparzulage. Zum anderen hat der Gesetzgeber eine neue Art Investmentfonds eingeführt: das so genannte Mitarbeiterbeteiligungs-Sondervermögen, das Arbeitnehmerbeteiligungen bündeln und gleichzeitig eine Streuung des Anlagevermögens über mehrere Unternehmen und Wertpapierarten ermöglichen soll. Ein im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstelltes Gutachten hat die neuen Regelungen auf ihre Praxistauglichkeit überprüft.* Dabei zeigten sich unter anderem diese Schwachstellen:

Kompliziertes Kompromissmodell

Wie Fonds zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung funktionieren sollen



© Hans-Böckler-Stiftung 2009

- Die erhöhten Freibeträge sind immer noch vergleichsweise niedrig. Keiner der anderen EU-Staaten, die Kapitalbeteiligungen mit Steuerfreibeträgen fördern, zieht die Grenze unter 1.000 Euro. „Messbare Effekte im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Teilhabersituation“ dürften sich dem Gutachten zufolge durch die Gesetzesänderung in Grenzen halten.
- Das Gesetz schließt im Gegensatz zur früheren Regelung alle Fälle von der Förderung aus, in denen Beteiligungsangebote nicht zusätzlich – „on top“– zum normalen Arbeitsentgelt gezahlt werden. In der Krise erweist sich diese eigentlich zum Schutz der Arbeitnehmer gedachte Regel jedoch als problematisch: Sie erlaubt gerade im Sonderfall der Unternehmenssanierung durch Gehaltsverzicht zugunsten von Kapitalbeteiligung keine steuerliche Förderung.
- „Auffallend ist, dass das Gesetz arbeitsrechtliche Fragestellungen vollständig ausblendet.“ Dabei wäre es nahe liegend gewesen, dem Betriebsrat ausdrücklich Mitwirkungsrechte bei der Einführung von Kapitalbeteiligungen einzuräumen, so das Gutachten.

Das neue Fondsmodell: weder für Unternehmen noch für Arbeitnehmer attraktiv. Für die noch zu gründenden Fonds, an denen Beschäftigte sich mit steuerfrei vom Arbeitgeber gewährten Extra-Leistungen oder ihren Ersparnissen beteiligen können, gelten eine Reihe spezieller Vorschriften. Unter anderem sollen mindestens 60 Prozent in Anteilen an Unternehmen angelegt werden, die ihren Mitarbeitern freiwillige Leistungen zum Erwerb von Fondsanteilen anbieten. Insgesamt muss das Fondsvermögen auf wenigstens fünf verschiedene Unternehmen verteilt werden. Dahinter steht ein Kompromiss zwischen zwei sich widersprechenden Zielen: Einerseits soll Risikostreuung die Geldanlage sicherer machen, andererseits soll ein möglichst enger Bezug zwischen Arbeitnehmer und seinem eigenen Unternehmen bestehen bleiben, in das er qua Fonds investiert.

Das Gutachten bemängelt, dass so „weder die Vorteile der einen noch der anderen Strategie zum Tragen kommen können“: Für eine effektive Risikostreuung müsste das Anlagespektrum wesentlich breiter sein. Um die Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Unternehmen, ihre Motivation und damit Produktivität zu erhöhen, müsste die finanzielle Verbindung hingegen viel enger sein.

Die Autoren des Gutachtens bezweifeln zudem, dass die neue Fondskonstruktion realisierbar und wirtschaftlich attraktiv genug ist, um genügend Unternehmen zu finden, die sich beteiligen. Weder Unternehmen noch Arbeitnehmer haben Einfluss auf die Anlagepolitik der Fonds: An welche Unternehmen die vorhandene Liquidität zurückfließt, welche ökonomischen, ökologischen und ethischen Kriterien dabei berücksichtigt werden, ist allein Sache der Fondsverwaltung. Ein Unterschied zu „normalen“ Fonds ist damit kaum noch gegeben. Für die Arbeitnehmer stellt sich außerdem die Frage, ob solche Fonds eine zufrieden stellende Rendite abwerfen. Schließlich erfordert das Management nicht-standardisierter und illiquider Vermögenstitel wie GmbH-Beteiligungen einen großen Verwaltungs-, Beratungs- und Vertriebsaufwand. Und das drückt in Form hoher Ausgabeaufschläge und Provisionen auf die Verzinsung.

* Quelle: Jens Lowitzsch u.a.: Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung – Eine gutachterliche Stellungnahme zur Einführung und Weiterentwicklung des Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetzes, Juli 2009
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Schuldenbremse knebelt Bundesländer

Die so genannte Schuldenbremse zieht enge Grenzen für die Verschuldung von Bund und Ländern. Für einige Bundesländer so eng, dass sie in den nächsten Jahren kaum noch handlungsfähig sein dürften, zeigen Analysen des IMK.*

Ab dem Jahr 2020 gilt: Länder dürfen nur noch konjunkturell bedingte Schulden in den Büchern haben. Sie dürfen also lediglich durch einen Abschwung ausgelöste Kredite aufnehmen, die sie im Aufschwung wieder tilgen. Was das konkret bedeuten könnte, beleuchten Forscher des IMK anhand der Beispiele Nordrhein-Westfalens und Schleswig-Holsteins. Ihr Fazit: Die Schuldenbremse wird zu massiven Sparanstrengungen führen. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise wird der nächste Aufschwung stark belastet, was wiederum die Haushaltskonsolidierung erschwert.

Wie stark die Schuldenbremse wirken wird, hängt vor allem von ihrer Ausgestaltung in den einzelnen Bundesländern ab. Dazu sind noch keine konkreten Pläne bekannt. Deshalb hat das IMK mit einigen Standardverfahren mögliche Effekte berechnet.

Schleswig-Holstein muss, je nach Berechnungsmethode, zwischen 2010 und 2020 ein so genanntes strukturelles Defizit in Höhe von 1,4 bis knapp 1,6 Milliarden Euro abbauen, will es die Regeln der Schuldenbremse erfüllen. Angesichts des geplanten Haushaltsvolumens von 9,5 Milliarden Euro sei dies „ein gigantischer Konsolidierungsbedarf“, so die Ökonomen.

Unter diesen Bedingungen dürften die Landesausgaben von 2011 bis 2020 pro Jahr nominal nur noch um etwas mehr als 1 Prozent wachsen. Zum Vergleich: In den Jahren 1990 bis 2008 stiegen die Ausgaben im Schnitt jährlich um 2,1 Prozent. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt würde das eine „deutliche Schrumpfung des Staatssektors bedeuten“, so das IMK. Weder die von Bund und Ländern gewährten Hilfen in Höhe von 80 Millionen Euro noch die bereits geplanten Einsparungen beim Personal von etwa 300 Millionen Euro reichten dazu aus.

Möglicherweise käme es noch schlimmer: Da Bund und Länder alle sparen werden, könnte auch das Wirtschaftswachstum schwächer ausfallen. In diesem Fall käme weniger Geld in die Staatskassen; der Defizitabbau würde noch schwieriger. Damit dürften die schleswig-holsteinischen Ausgaben bis 2020 jährlich sogar nur um 0,1 Prozent steigen. Die Möglichkeiten für zentrale Zukunftsinvestitionen – zum Beispiel in Bildung – würden drastisch vermindert.

In Nordrhein-Westfalen sieht es nicht viel besser aus: Je nach Berechnungsmethode müsste die Düsseldorfer Landesregierung bis 2020 ein Defizit in Höhe von 5,2 bis 4,6 Milliarden Euro abbauen – und das bei einem geplanten Haushaltsvolumen von 53 Milliarden Euro für das Jahr 2010.

Für die Ausgaben bedeutet das: Von 2011 bis 2020 dürften sie nominal jährlich nur noch um 1,4 Prozent wachsen. Damit würde der Staatssektor Nordrhein-Westfalens in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ebenfalls deutlich schrumpfen.

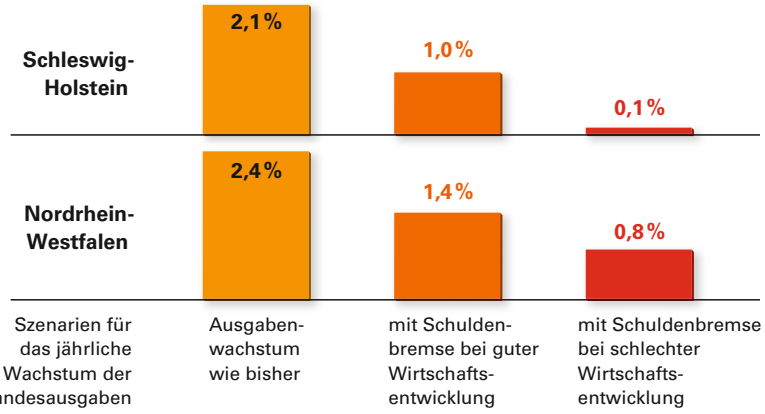
Auch in NRW werden die Sparanstrengungen von Bund und Ländern durchschlagen, was das Wirtschaftswachstum dämpfen könnte – und das Steueraufkommen. In diesem Fall dürften die Landesausgaben bis 2020 jährlich nur um 0,8 Prozent zunehmen. Ob das Land unter diesen Bedingungen angesichts des großen Bedarfs an Investitionen in Infrastruktur und Bildung noch handlungsfähig bleibt, kann bezweifelt werden, so das IMK.

„Angesichts der drohenden dramatischen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung sowie der zu erwartenden massiven Einschränkungen öffentlicher Leistungen wäre es vernünftig gewesen, auf die Einführung der Schuldenbremse zu verzichten“, sagt Achim Truger, Haushaltsexperte des IMK. Sollte sie, etwa durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, endgültig nicht verhindert werden, bliebe nur eine möglichst weite Auslegung der Verschuldungsregeln.

Auf Bundesebene müssten weitere Steuersenkungen „unbedingt verhindert und im Gegenteil möglicherweise deutliche Steuererhöhungen ins Auge gefasst werden, die durchaus auch ohne verteilungspolitisch negative Wirkungen möglich wären“, schreiben die Ökonomen. Im internationalen Vergleich ist das deutsche Aufkommen gerade bei vermögensbezogenen Steuern unterdurchschnittlich – zum Beispiel bei der Erbschaftsteuer.

Handlungsfähigkeit der Länder gefährdet

So könnte die „Schuldenbremse“ wirken auf das Wachstum der Ausgaben in …



Quelle: IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quellen: Achim Truger, Henner Will: Finanzpolitische und makroökonomische Risiken der Schuldenbremse in Schleswig-Holstein; Achim Truger, Henner Will, Jens Köhrsen: Die Schuldenbremse: Eine schwere Bürde für die Finanzpolitik; Policy Briefs vom 31. August und 10. September 2009
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

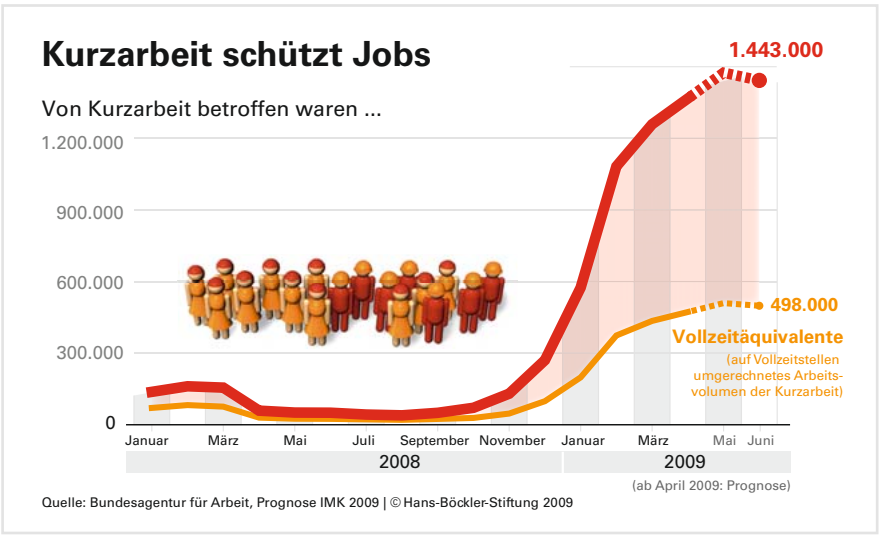
Sozialversicherungen: Stabilisatoren in der Krise

Das deutsche Sozialversicherungssystem bewährt sich in der Krise. Es stabilisiert die wirtschaftliche Entwicklung. Doch das hat seinen Preis: Der Druck steigt, die soziale Sicherung schnell auf eine breitere Finanzierungsbasis zu stellen.

So viel Widerstandskraft überrascht auch Experten: Die schwerste globale Wirtschaftskrise seit 80 Jahren hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland bislang nur moderat erhöht. Neben den staatlichen Stabilisierungsprogrammen verhindert derzeit ein stabiler privater Konsum, dass die Konjunktur nach dem enormen Einbruch der Exportwirtschaft noch weiter abstürzt.

Einen wesentlichen Beitrag zu dieser relativen Stabilität leistet das deutsche System der Sozialversicherung. So das Resümee einer Studie des IMK-Forschers Rudolf Zwiener, der Berliner Arbeitsmarktforscherin Camille Logeay, des Frankfurter Rentenexperten Diether Döring und des Fuldaer Gesundheitsökonomen Stefan Greß.* Wenn die Kurzarbeit Unternehmen dabei hilft, ihre Belegschaft trotz Auftragsmangels zu halten, wenn die Transfers aus dem Krankenversicherungssystem fließen und die umlagefinanzierte Rente sogar spürbar steigt, dann wirkt das wie ein volkswirtschaftlicher Stoßdämpfer. Allerdings nur für einen begrenzten Zeitraum, weil die Wucht der Krise das Schutzsystem enorm belastet, schreiben die Wissenschaftler: „Die Stabilisatoren laufen ins Leere, wenn die Krise länger als ein bis zwei Jahre dauert." Würde dann etwa mit überstürzten Beitragserhöhungen auf die krisenbedingten Defizite reagiert, könnte das die Konjunktur in einer Phase der beginnenden Erholung sogar deutlich belasten. „Es ist daher dringend geboten, schon jetzt Konzepte für eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu entwickeln."

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung haben die Wissenschaftler untersucht, was die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung in der Krise leisten. Zugleich skizzieren sie, was kurz- und mittelfristig getan werden kann, um die Stabilisatoren zu stabilisieren:



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Prognose IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Arbeitslosenversicherung. Sie leistet den wichtigsten Beitrag, um die Krise abzufedern – und muss die höchsten Belastungen aushalten. Für die Finanzierung der Kurzarbeit kalkuliert die Bundesagentur für Arbeit (BA) 2009 bis zu fünf Milliarden Euro ein. Trotzdem dürfte die Arbeitslosenzahl 2010 auf rund 4,3 Millionen steigen. Die BA wird mehr Arbeitslose unterstützen müssen und zugleich weniger Beitragszahler haben. Weiter geschwächt wird die Einnahmebasis, wenn lahmende Konjunktur und hohe Arbeitslosigkeit die Lohnentwicklung bremsen. Die starke Senkung des Beitragssatzes erweise sich nun endgültig als „nicht nachhaltig", konstatieren die Forscher. Sie rechnen damit, dass bei der BA bis 2013 ein Defizit von mehr als 50 Milliarden Euro aufläuft.

Um das Finanzierungsproblem kurzfristig in den Griff zu bekommen, gebe es keine „Ideallösung". Kürzungen bei Leistungen oder Arbeitsmarktpolitik schieden auf jeden Fall aus, weil sie die Konjunktur massiv schädigen könnten. Um Arbeitslose auf einem ohnehin schwierigen Arbeitsmarkt nicht sinnlos unter Druck zu setzen, wäre es aus Sicht der Wissenschaftler vernünftig, die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I befristet zu verlängern. Am praktikabelsten erscheint ihnen eine vorsichtige Anhebung des Beitragssatzes über die für 2011 vorgesehenen drei Prozent hinaus in Kombination mit einem Bundeszuschuss, den die BA nicht zurückzahlen muss. Mittelfristig befürworten die Experten eine stärkere Steuerfinanzierung der Arbeitslosenversicherung, die nicht nur für den einzelnen Versicherten, sondern für die gesamte Gesellschaft nützliche Leistungen übernehme. Außerdem empfehlenswert: Der Umbau hin zu einer Erwerbstätigenversicherung, die auch Selbstständige schützt. Ideen, die Arbeitslosenversicherung zu privatisieren oder zu individualisieren halten die Forscher endgültig für erledigt: Ein derartiges System könne in einer ernsten Krise nicht den notwendigen Stabilisierungsbeitrag leisten.

Rentenversicherung. In Ländern mit einem Alterssicherungssystem, das auf Kapitaldeckung beruht, schlägt die Krise unmittelbar auf die Einkommen der Rentner durch. In den USA haben private Pensionspläne im Jahr 2008 nach einer OECD-Schätzung ein Viertel ihres Aktienwerts verloren. Sinkende Rentenzahlungen schaden dem Konsum. Manche Rentner sind sogar gezwungen, sich wieder einen Job zu suchen. In der gegenwärtigen Situation „mit Massenentlassungen konkurrieren sie so mit Arbeitslosen um die wenigen neuen Arbeitsplätze", schreiben die Forscher.

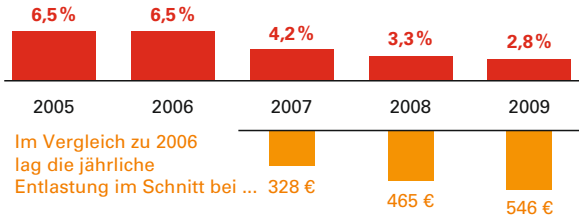
Die deutsche umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung (GRV) hat hingegen die Krisenwirkungen zunächst abgefangen. Zeitverzögert und etwas abgemildert wird eine höhere Arbeitslosigkeit zwar auch die Finanzlage der GRV verschlechtern. Die Probleme sind nach Einschätzung der Experten aber deutlich kleiner als die in kapitalgedeckten Systemen. Die Krise unterstreiche daher „die Notwendigkeit einer starken umlagefinanzierten Säule als Kern des Gesamtsicherungssystems“. Kritisch hinterfragen die Autoren aus diesem Anlass auch die rentenpolitische Strategie des vergangenen Jahrzehnts – deutliche Absenkung des GRV-Rentenniveaus bei gleichzeitiger Förderung kapitalgedeckter Altersvorsorge. Denn gerade junge Arbeitnehmer, Geringverdiener und Menschen mit unsteten Erwerbsverläufen, die vom niedrigeren gesetzlichen Rentenniveau besonders betroffen sind, besitzen kaum Alternativen. Zur betrieblichen Altersversorgung haben zu wenige Zugang und oft fehlt auch das Geld für eine private Altersvorsorge. Bei der Riester-Rente fördere der Staat zwar vor allem Sparer mit geringerem Einkommen. Ein erheblicher Teil davon gehe aber durch relativ hohe Abschluss-, Verwaltungs- und Steuerungskosten für die Individualverträge wieder verloren. Es wäre daher effektiver „die eingesetzten öffentlichen Mittel eher in die Stützung von Ansprüchen von Niedriglohnbeziehern im gesetzlichen System zu lenken“, schreiben die Wissenschaftler. Staaten, deren Sozialsystem „alle Erwerbsformen gleich behandelt und in die Kernsysteme einbezieht“, zeigten im internationalen Vergleich zudem die beste Arbeitsmarktbilanz.

Kranken- und Pflegeversicherung. Experten rechnen für 2009 mit einem Defizit von rund drei Milliarden Euro bei den gesetzlichen Krankenkassen. Auch hier ist die schlechtere Situation auf dem Arbeitsmarkt ein wesentlicher Grund. Im kommenden Jahr droht ein ähnlich hoher Fehlbetrag. Immerhin: Der Bund hilft mit einem Liquiditätsdarlehen an den Gesundheitsfonds aus, das erst 2011 zurückbezahlt werden muss. Doch dann drohe eine Beitragssatzerhöhung um etwa 0,6 Prozentpunkte oder die flächendeckende Einführung von Zusatzbeiträgen, konstatieren die Forscher. Unterdessen sind die Auswirkungen der Krise auf die Altersrückstellungen der privaten Krankenversicherung (PKV) nach ihrer Analyse „völlig unklar“. Zwar seien die Anlageregeln relativ streng und die Verzinsung der Anlagen habe nach Darstellung der PKV-Unternehmen 2008 noch bei knapp vier Prozent gelegen. „Das könnte sich jedoch schon im Jahr 2009 durch die drastisch fallenden Zinssätze bei Staats- und Unternehmensanleihen ändern“, schreiben die Forscher. Zudem könnten die PKV-Anlagen unter schwächelnden Aktienmärkten leiden und seien sensibel für Pleiten von „systemrelevanten“ Banken und Versicherungen: Im Jahr 2007 hatten die deutschen Lebens- und privaten Krankenversicherer rund 20 Prozent ihrer Rücklagen in Aktien angelegt. Und knapp ein Drittel der PKV-Altersrückstellungen steckten in Schuldscheinforderungen und Darlehen.

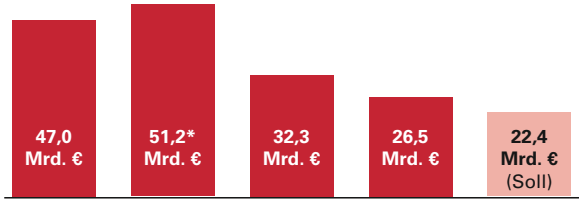
Angesichts solcher Risiken sehen die Wissenschaftler alle Ansätze sehr kritisch, die eine stärkere Kapitaldeckung fordern, um die Krankenversicherung gegen die Alterung der Gesellschaft abzusichern. Als tragfähiger beurteilen sie Reformen, bei denen die Finanzbasis der Sozialversicherung dadurch verbreitert wird, dass auch Kapitaleinkommen zur Finanzierung herangezogen werden und die Beitragsbemessungsgrenze steigt. Zudem halten sie es für erforderlich, die bislang voneinander abgeschotteten Märkte der GKV und der PKV unter gleichen Wettbewerbsbedingungen zu öffnen. Als positiv bewerten die Experten, dass die Bundesregierung im Zuge der Konjunkturpakete den Steuerzuschuss an den Gesundheitsfonds aufgestockt hat. Diesen Weg halten sie auch über die Krise hinaus für vernünftig: „Eine stärkere Steuerfinanzierung der Ausgaben der Sozialversicherung bei gleichzeitiger Senkung der Sozialbeiträge weitet den Kreis derer aus, die sich an der Finanzierung gesellschaftlicher Leistungen zu beteiligen haben“, schreiben sie. Das würde „leistungsfähige höhere Einkommen stärker belasten als niedrige Einkommen und die Nachhaltigkeit der Finanzierung deutlich verbessern.“

Geschmälerte Einnahmebasis

Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung betrug …

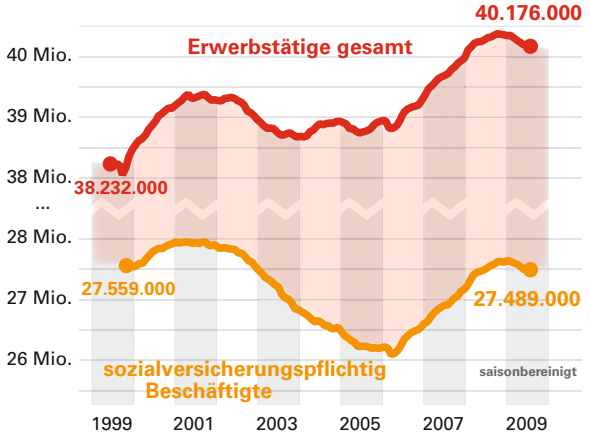


Die Beitragseinnahmen der Bundesagentur für Arbeit entwickelten sich …



* Zusätzliche Einnahme durch Vorverlegung des Zahlungstermins der Beiträge
Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Sozialversicherung: Erodierende Basis



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesbank 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Diether Döring, Stefan Greß, Camille Logeay, Rudolf Zwiener: Kurzfristige Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die sozialen Sicherungssysteme und mittelfristiger Handlungsbedarf. Policy Paper im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung. WISO Diskurs, September 2009
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Aktienrückkäufe statt Investitionen

Große Unternehmen haben in den Jahren vor der Krise immer mehr eigene Aktien aufgekauft. Das ist für die Manager oft attraktiv, kann aber zulasten von Investitionen gehen.

Die Daimler AG hat 2007 gut 3,5 Milliarden Euro ausgegeben, um Aktien einer Firma zu kaufen: der Daimler AG. Auch andere im DAX notierte Aktiengesellschaften gaben in den vergangenen Jahren Milliarden für Anteile am eigenen Unternehmen aus. Damit folgen die deutschen Manager einem internationalen Trend, berichtet eine Studie des Saarbrücker Info-Institutes für die Hans-Böckler-Stiftung.* Aktienrückkäufe gewinnen weltweit an Bedeutung, in den USA hat sich die Zahl der zurückgekauften Aktien von 2000 bis 2008 mehr als verdreifacht. Der Betriebswirt Markus Sendel-Müller vom Info-Institut liefert Daten über die bis zur Finanzkrise zunehmenden Aktienrückkäufe in Deutschland und beschreibt mögliche Probleme: Es gibt ein starkes persönliches Eigeninteresse der Manager an diesem Instrument. Aktienrückkäufe laufen darum oft nicht hinreichend transparent ab, und sie können auf Kosten von Investitionen gehen.

Unternehmen erwerben eigene Aktien aus mehreren Gründen. Managern zufolge ist der wichtigste, dass Anteilsscheine des eigenen Unternehmens als Zahlungsmittel bei künftigen Firmenkäufen eingesetzt werden sollen. Oder das Management nimmt Aktien vom Markt, um besser gegen aggressive Investoren und feindliche Übernahmen gewappnet zu sein. Oft möchte die Geschäftsführung dem Kapitalmarkt auch ein Signal geben, dass sie das Unternehmen an der Börse für unterbewertet hält, ergänzt Sendel-Müller. Eine Rolle spiele außerdem das Credo des Shareholder-Values: Man solle immer nur dann investieren, wenn sich der Wert des Eigenkapitals tatsächlich steigern lässt. Andernfalls zahlt man lieber das Geld aus. Vor allem aber gilt: Aktienrückkäufe sind neben Dividenden die zweite große Form der Ausschüttung. Die Zahl der Aktien im Umlauf sinkt und die Wertpapiere der verbleibenden Anteilseigner werden damit wertvoller.

Von Januar 2005 bis September 2008 erwarben 51 der 160 deutschen in DAX, M-DAX, S-DAX und Tec-DAX gelisteten Unternehmen eigene Anteile. Für den Besitz an sich selbst gaben sie insgesamt fast 50 Milliarden Euro aus. Der Wert der zurückgekauften Aktien belief sich 2008 auf rund 45 Prozent aller Ausschüttungen. Das liege vor allem an wenigen großen Rückkauf-Programmen, so Sendel-Müller. Insgesamt bleibe die Dividende in Deutschland aber „der wesentliche Weg, um Liquidität an die Aktionäre auszuzahlen“. Der Betriebswirt erwartet nicht, dass der Aktienrückkauf wie in den USA wichtiger wird als die Dividenden. Nur wenige Unternehmen – einige Tec-DAX-Firmen und Puma in einem Jahr des Untersuchungszeitraums – schütteten ihre Gewinne vornehmlich via Rückkauf an die Aktionäre aus.

Ein zwiespältiges Instrument. Egal, aus welchem Grund ein Unternehmen eigene Aktien erwirbt: Es fließt Geld aus dem Unternehmen ab, das nicht investiert wird. Das bedeutet, so Sendel-Müller, „dass das Management seiner Aufgabe, der Identifizierung von renditeträchtigen Investitionsprojekten nicht erfolgreich nachgekommen ist“. Aktienrückkäufe spiegelten auch die Ideenlosigkeit der Vorstände wider. Allerdings könne er keine gesicherten Aussagen treffen, in welchem Umfang Aktienrückkäufe Investitionen verhindert haben.

Auch das Eigennutz-Kalkül mancher Manager macht Aktienrückkäufe problematisch. Werden Aktien vom Markt genommen, dann verbessern sich im Regelfall gerade jene Kennzahlen, die Analysten vornehmlich für ihre Unternehmensbewertungen heranziehen: der Gewinn je Anteilsschein und die Eigenkapitalrentabilität. Gemeinsam mit der Verknappung der Aktien trägt das dazu bei, dass Rückkäufe meist eine Erhöhung des Börsenwertes nach sich ziehen. Solche Praktiken schaden den Unternehmen: „Im Extremfall können Vorstände dazu neigen, an Stelle von notwendigen Zukunftsinvestitionen lieber ein Rückkaufprogramm durchzuführen, weil dies eben ihrer individuellen Zielerreichung dienlich ist, letztlich aber zulasten der Zukunftsfähigkeit

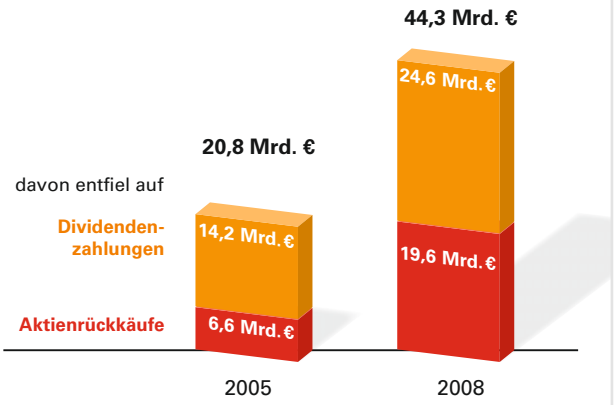
Warum kaufen Unternehmen ihre eigenen Aktien?

Als Gründe für Aktienrückkäufe werden genannt …

- Aktien sollen als Währung für Firmenübernahmen dienen.
- Als überschüssig angesehene Liquidität wird ausgeschüttet.
- Das Verhältnis von Gewinn je Aktie verbessert sich.
- Die Anfälligkeit für feindliche Übernahmen reduzieren.
- Kapitalstruktur verändern: Weniger Eigenkapital senkt Kapitalkosten.
- Gekaufte Aktien sollen an Mitarbeiter weitergegeben werden.
- Steuerliche Vorteile gegenüber Dividenden.

Aktienrückkäufe: Viel Geld für das eigene Unternehmen

Das Ausschüttungsvolumen großer börsennotierter Unternehmen betrug …



160 im DAX 30, M-DAX, S-DAX und Tec-DAX notierte deutsche Unternehmen; Werte 2008: nur Ausschüttungen im Zeitraum 1. Januar bis 30. September
Quelle: Sendel-Müller 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Von Ungleichheit zu Überschuldung

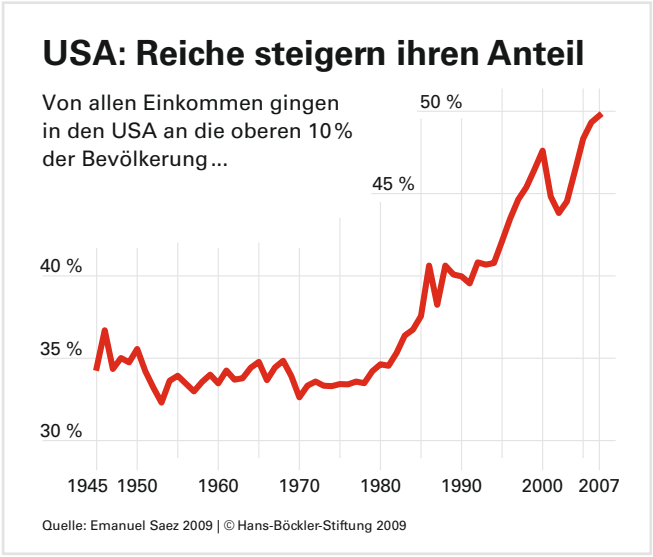
Nobelpreisträger Joseph Stiglitz analysiert, wie die ökonomischen Fehlentwicklungen im Vorfeld der Finanzkrise zusammenhängen.

Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Dollar-hortende Chinesen, überschuldete Privathaushalte und lockere Geldpolitik in Amerika – all dies wird häufig zur Erklärung der aktuellen Wirtschaftskrise herangezogen. Eine interessante Frage dabei: Ist nur zufällig zur gleichen Zeit zu viel schief gelaufen oder folgte eins aufs andere? Der US-Ökonom und frühere Chefökonom der Weltbank Joseph Stiglitz versucht, die Puzzle-Teile zusammenzusetzen.*

Stiglitz' Argumentation beginnt mit der Einkommensverteilung: In den vergangenen 30 Jahren hat die Ungleichheit in den USA – aber nicht nur dort – zugenommen. „Im Ergebnis haben wir Geld von den Armen an die Reichen umverteilt, von Leuten, die das Geld ausgeben würden, an Leute, die es nicht nötig haben, das Geld auszugeben." Daraus resultierte eine zu schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Doch die USA hatten eine Lösung. Sie hielten die Weltwirtschaft mit expansiver Geldpolitik und durch unkontrollierte, von einem deregulierten Finanzsystem ermöglichte Verschuldung am Laufen. Das funktionierte, bis die Blase platzte.

Auch die Billionen-Dollar-Reserven ostasiatischer Staaten sind Stiglitz zufolge ein Grund für die weltweite Nachfrageschwäche, die Amerika nur für begrenzte Zeit ausgleichen konnte: Viele Einnahmen asiatischer Exporteure kamen nicht wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück. „Das ist so, als vergrübe man Geld in der Erde." Aber wieso haben asiatische und andere Entwicklungsländer überhaupt in solchem Umfang Devisen gehortet? Stiglitz' Erklärung: Nach der Asienkrise 1997 waren viele Länder auf Hilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Im Gegenzug für die Finanzhilfen mussten sie ihre Finanz- und Wirtschaftssysteme deregulieren, was Länder wie Indonesien in eine tiefe Rezession trieb. Daraus haben die Regierungen gelernt und sich Polster geschaffen, um in Zukunft nicht in die Abhängigkeit vom IWF zu geraten, so Stiglitz.

Mit Blick auf die kommenden Jahre schreibt der Ökonom, es reiche nicht aus, das Finanzsystem zu reparieren, sondern es müssten Konzepte gegen das globale Nachfragedefizit entwickelt werden. Die wirtschaftspolitischen Rezepte der Vergangenheit – Löhne flexibilisieren und Sozialleistungen einschränken – würden die Lage weiter verschlimmern.



* Quelle: Joseph Stiglitz: Worauf es ankommt, Ein Jahr nach dem Bankencrash, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

eines Unternehmens geht."

Fehlende Transparenz begünstigt solche Vorgänge. Der Betriebswirt vom Info-Institut schildert, warum es dazu kommen kann: Derzeit lassen sich Vorstände einmal im Jahr von der Hauptversammlung eine Blanko-Vollmacht zum Kauf von Unternehmensanteilen ausstellen. Diese Ermächtigung werde zwar oft nicht eingelöst; wenn Manager aber die Vollmacht nutzen, dann tun sie das mit unterschiedlicher Offenheit. Manche Unternehmen wie etwa Thyssen-Krupp informieren die Anleger und Aufsichtsräte vorbildlich, so der Wissenschaftler. Andere jedoch begnügen sich mit einer knappen und versteckten Mitteilung im Internet, die sofort nach Abschluss der Käufe aus dem Netz genommen wird. Sendel-Müller regt an, die gesetzlichen Publizitätspflichten auszubauen. So sollten umfangreichere Informationen im Geschäftsbericht zur Pflicht werden, ebenso dauerhafte Angaben auf der Homepage, die ohne lange Suche gefunden werden können.

Aufsichtsräte müssen den Rückkäufen in vielen Aktiengesellschaften zustimmen. Darum sei es wichtig, dass die Kontrollgremien früher und besser informiert werden, als das heute in zahlreichen Unternehmen noch der Fall ist, erklärt Sendel-Müller. Es handele sich dabei um einen entscheidenden Bestandteil guter Corporate Governance. Denn Aktienrückkäufe können die Mehrheitsverhältnisse in der Hauptversammlung verändern und damit, wenn Schwellenwerte überschritten werden, auch die Zusammensetzung des Aufsichtsrates. In den Rückkäufen habe der Vorstand folglich ein Instrument, um die Zusammensetzung seines Kontrollgremiums mit zu gestalten.

Die Rechtslage

In Deutschland waren Käufe eigener Anteile bis 1998 nur in Ausnahmefällen erlaubt, eine Folge der negativen Erfahrungen während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931: Unternehmen erwarben eigenen Anteile, um den Kurs zu stützten, doch auf den Märkten bildete sich kein Vertrauen. Derzeit sind Käufe bis zu zehn Prozent des Grundkapitals möglich. Die vom Unternehmen erworbenen Anteile dürfen weder der permanenten Kurspflege noch der Spekulation dienen. Der Erwerb bedarf einer Vollmacht der Hauptversammlung sowie in der Regel der Zustimmung des Aufsichtsrates.

* Quelle: Markus Sendel-Müller: Aktienrückkäufe und Effizienz der Aufsichtsratsarbeit, edition der Hans-Böckler-Stiftung 237, September 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

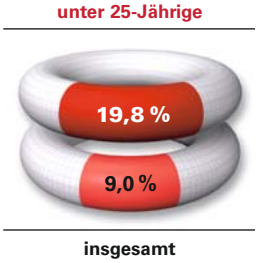
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 67528

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Junge häufiger ohne Job

Arbeitslos waren im Juli 2009 in der EU-27 ...



Eurostat, September 2009

BILDUNG

Fast jedes dritte Kind auf falscher Schule

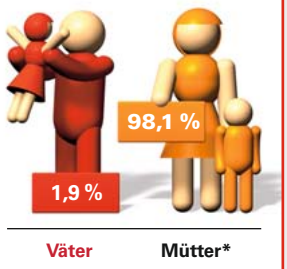
Von 100 Schülern sind in der Schule ...

Stichprobe: 855 Schüler
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, August 2009

GENDER

Väter pausieren kürzer

Elterngeld für 12 Monate beziehen zu ...

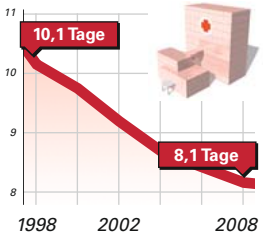


*Leistungsende 2. Quartal 2009
Statistisches Bundesamt, August 2009

GESUNDHEIT

Immer schneller aus der Klinik entlassen

So lange dauerte ein Krankenhausaufenthalt im Durchschnitt

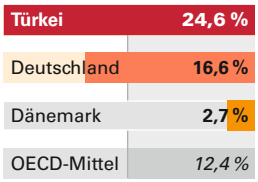


Statistisches Bundesamt, September 2009

EINKOMMEN

Viel Kinderarmut in Deutschland

Von allen Kindern wachsen in armen* Haushalten auf ...



*Haushalte mit weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens, Datenbasis 2005
OECD, September 2009

ARBEITSWELT

Leiharbeiter öfter krank

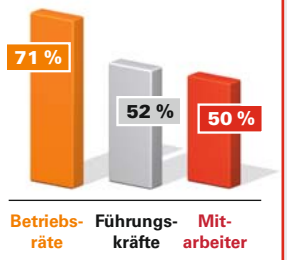
Krankgeschrieben waren 2008

*Durchschnitt im Versicherungsjahr
Techniker Krankenkasse 2009

MITBESTIMMUNG

Gesünder arbeiten mit Betriebsrat

Um die Umsetzung des Gesundheitsschutzes im Betrieb kümmern sich ...

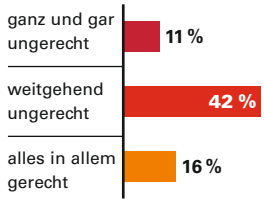


Mehrfachnennungen möglich
WSI-Betriebsrätebefragung 2008/09

ZUFRIEDENHEIT

Gerechtigkeit kommt für viele zu kurz

Die Verhältnisse in Deutschland sind ...



Rest: weder noch
1.003 befragte Bundesbürger
Forsa für „Stern", August 2009

© Hans-Böckler-Stiftung 2009

BESCHÄFTIGUNG: Die Mehrzahl der ALG-II-Empfänger ist bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz zu Zugeständnissen bereit. Das ergab eine Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Zwischen 65 und 80 Prozent würden einen langen Arbeitsweg, ungünstige Arbeitszeiten oder einen Job unterhalb ihres Qualifikationsniveaus in Kauf nehmen. Einen „geringen Lohn" würde hingegen nur jeder Zweite akzeptieren. Im Schnitt wollten die Befragten mindestens 6,29 Euro pro Stunde verdienen. Zu einem Umzug war jeder Dritte bereit.
IAB, September 2009

WEITERBILDUNG: Nur wenige Arbeitnehmer lassen sich während der Kurzarbeit weiterbilden: Von Januar bis August haben nach Angaben der Bundesarbeitsagentur (BA) lediglich rund 42.000 Beschäftigte eine geförderte Weiterbildung begonnen. Von diesen erhielten 37.300 Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, während weitere 4.800 meist gering qualifizierte Arbeitnehmer eine von der BA finanzierte Fortbildung begannen. Laut BA gab es im Juni rund 1,4 Millionen Kurzarbeiter.
BA, September 2009

SCHULDEN: Das deutsche Staatsdefizit könnte 2010 laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf 6 Prozent des BIP steigen. Angesichts einer Finanzierungslücke von bis zu 75 Milliarden Euro gebe es „keinen Spielraum für Steuersenkungen". Im Gegenteil: Wegen der Schuldenbremse seien Erhöhungen kaum zu vermeiden.
DIW, September 2009

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 7. Oktober

bestellen unter www.boecklerimpuls.de